

18. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

12. Juni 1947.

100/J

A n f r a g e

der Abg. H i n t e r l e i t h n e r , S e i l i n g e r , L e o p o l d W o l f , S p i e l -  
b ü c h l e r und Genossen an den Bundeskanzler,  
betreffend Unterhandlungen mit der amerikanischen Militärbehörde.

--.-.-.-

In den rund 240 ha umfassenden Gelände der Muna Lambach, Gemeindegebiet  
Stadl Paura, Ob.Ö., befinden sich wertvolle Maschinen sowie gewaltige Mengen Material,  
die für die österreichische Wirtschaft und <sup>ihren</sup> /Aufbau unersetzlich sind. Nach längeren  
Verhandlungen zwischen den zuständigen amerikanischen Stellen und der österrei-  
chischen Landesregierung wurde vereinbart, diese Anlagen - es handelt sich um Maschinen  
und Material im Werte von zumindest 3,000,000 S - den österreichischen Behörden zu  
übergeben. Für 2. Juni 1947 war die Übergabe vereinbart. Wenige Tage vor diesem Datum  
erschien der amerikanische Leutnant Erico und erklärte, im Auftrage der amerikanischen  
Behörde seien die Lager unverzüglich zu räumen. Da keine geeigneten Unterkünfte vor-  
handen sind, werden nach Durchführung dieser Order Materialien und Maschinen dem  
Verderb überantwortet, wodurch der österreichischen Wirtschaft schwerer Schaden er-  
wachsen wird.

Diese Anlagen liegen inmitten eines riesigen Waldbestandes, der vom  
Borkenkäfer befallen wurde und eine grosse Gefahr für die benachbarten Waldungen  
bildet. Schon jetzt hat der Borkenkäfer über die Traun <sup>auf Waldungen</sup> /der Firma Hatschek überge-  
griffen. Die umliegenden Gemeinden haben einen amtlich festgesetzten Bedarf von  
rund 10.900 m<sup>3</sup> für den Winter 1947/48. Trotz angestrebter Bemühungen war es den  
Gemeindevertretungen bisher nicht möglich, diese Mengen sicherzustellen. Geplante  
Schlägerungen in Eigenregie in den Gebieten Grünau/Almtal, ferner im Kirchdorfer  
und Grundner Bezirk scheitern an den hohen Kosten. Ein Kubikmeter würde bis zu  
150.-S für den Verbraucher zu stehen kommen. Der vom Borkenkäfer befallene Wald  
muss geschlägert werden, um die Gefahr der Verbreitung dieses Schädling zu bannen.  
Die Gemeinden könnten bei bequemen und billigem Transport ihren Bedarf reichlich  
decken.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler  
die nachfolgende

A n f r a g e :

- 1) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, unverzüglich in Verhandlungen mit der zuständigen  
amerikanischen Behörde zum Zwecke der Sicherstellung, bzw. Übergabe des Materials  
und der Maschinen an die österreichischen Behörden einzutreten ?
- 2) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Freigabe der Schlägerung für die Gemeinden  
des Gerichtsbezirkes Lambach und für die Stadt Wels zu erwirken ?

--.-.-.-